

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftsstelle: Delgerbe Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Beamten. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 15.

Donnerstag den 21. Januar.

1892.

** Doppelt fädliche Wirkung der Schutzölle.

Die Schutzölle haben einmal die schädliche Wirkung, daß sie einen und zwar den größeren und schwächeren Theil der Bevölkerung, die Consumenten, dem kleineren und meist wirtschaftlich stärkeren Theile, den Producenten, tributpflichtig machen. Vielleicht noch größer ist der Schaden, den sie dadurch anrichten, daß sie die Thätigkeit der Producenten, eine Verlagerung in ihrem Gewerbe auf naturgemäßen Wege zu erzielen, welche sie mit dem Auslande konkurrenzfähiger machen würde, brechen und vernichten. Alles Sinnen und Denken der schutzöllnerischen Großgrundbesitzer war bisher darauf gerichtet, die Korzölle in der bisherigen Höhe zu erhalten, und jetzt ist es darauf gerichtet, den Rest der agrarischen Zölle in der bisherigen Höhe zu erhalten. Dabei kann ein Befahren, eine Vermehrung der Einnahmen durch Verbesserungen in der eigenen Wirtschaft zu erzielen, gar nicht aufkommen. Ebenso sind die Bestimmungen der Industrie-Schutzöllner darauf gerichtet, sich nicht nur die Segnungen der Zölle in der bestehenden Höhe zu erhalten, sondern diese noch durch Abschlässe von Kartellen zu erhöhen. Dasselbe zeigt sich auch unter den Tabakpflanzern, besonders in der Pfalz. Der Zoll auf ausländischen Tabak ist bisher um 20 Mk. per Centner höher, als die Steuer auf inländischen. Das wirkt natürlich als Schutzoll für den inländischen Tabakbau. Das ganze Dichten und Trachten eines Theiles der pfälzischen Tabakpflanzler ist nun darauf gerichtet, die Differenz zwischen Zoll und Steuer und dadurch den Schutz für den inländischen Tabak zu erhöhen. Von sachverständiger Seite wird immerfort darauf hingewiesen, daß dem inländischen Tabakbau weit mehr und besser geholfen werden würde, wenn die Tabakpflanzler dem heutigen Geschmack der Raucher entsprechende bessere, leichtere und besser brennende Qualitäten erzeugen würden, wozu die Beschaffung besseren Samens, die Verringerung der zu starken Anwendung von Stall- und Grubendünger, der die Brennbarkeit des Tabaks tief herabsetzt und die reichlichere Anwendung von künstlichen, besonders kalphaltigen Düngern gehört. Aber die Tabakpflanzler wollen davon nichts wissen. Sie verlangen, daß der Staat durch höhere Schutzölle die deutschen Raucher zwingen soll, den von den Pfälzern erzeugten zuweilen schwereren, durch überreiche Düngung mit Auswuchsstoffen schwer verbräuntlich gemachten Tabak zu konsumieren. Die Sprecherin dieser Tabak-Hochschützöllner, die „Pfälzer Zig.“ erklärt, daß die jetzige Differenz von 20 Mk. zwischen Zoll und Steuer noch gar keinen Schutzoll vorstelle; von einem höheren Schutzoll könne daher keine Rede sein; die Pfälzler wären schon froh, wenn sie überhaupt einen Schutzoll erhielten. „Es klingt sehr schön, wenn man den Bauern befehlt, wie er es machen soll, um besseren, leichteren und feineren Tabak zu erzielen. Das man den guten Samen, sorgfältige Behandlung und womöglich künstlichen Dünger — reinen Kalk und Phosphorbedürfnis — draucht, hat man schon lange gewußt. Der Bauer sagt sich aber: Diese Sachen, besonders der künstliche Dünger kosten Geld. Der leichte Tabak, den ich dadurch erzielen, geht nicht ins Gewicht; da ist es mir doch rentabler, wenn ich in der alten Weise weiter baue und vom Tagewerk eine gehörige Anzahl Centner gewinne. In der Preis auch nicht hoch, so bekomme ich doch mehr Geld, als wenn ich eine geringere Centnerzahl ernte und noch dazu den theuren Dünger bezahlen muß. Schaffe man dem deutschen Tabakbauer doch erst einen leidlichen Schutzoll“ u. s. w. — Das ist sehr bezeichnend. Die deutschen Raucher sollen durch die Hand des Staates gezwungen werden, das bisher von den Pfälzern erzeugte, nicht wohl schmeckende und schwer verbräuntliche Pfälzer Produkt zu schmauchen, weil die Leser der „Pfälzer Zig.“ zu träge sind, und auch nicht die Mittel aufwenden wollen, um ein besseres, dem Geschmack der deutschen Raucher entsprechendes und bekommlicheres Produkt zu erzielen, was das Ausland daselbst vermöge der größeren

Intelligenz und größeren Mühe, welche sich dort die Pfälzler geben, erzielt. Die deutschen Raucher werden sich hoffentlich nicht zwingen lassen, die Stantabakere zu konsumieren, welche die Patrone der „Pfälzer Zig.“ ihnen aufdrängen wollen. Und die Reichsregierung ist nach ihren bestimmt abgegebenen Erklärungen auch nicht dafür, nicht um der deutschen Raucher willen, sondern deshalb, weil dann, wenn die Wünsche der pfälzischen Tabak-Schutzöllner erfüllt würden, die Reichskasse einen erheblichen Ausfall an Zöllen haben würde, und der Tabak soll womöglich „noch mehr bluten“. Kein Antrag, der einen Ausfall bringt, hat die geringste Aussicht auf Erfolg.

Politische Uebersicht.

Der österreichische Erzherzog Karl Salvator ist, wie schon gestern kurz mitgeteilt, am Montag in Wien an Lungenerkrankung in Folge von Influenza gestorben. Der Verstorbenen, ein Bruder des jetztregierenden Großherzogs von Toskana, wurde zu Florenz am 30. April 1839 geboren. Er ist Feldmarschallleutnant. Vermählt war er seit 1861 mit Maria Immaculata Klementine, Prinzessin von Bourbon und beider Stizilien, welcher Ehe acht Kinder entsprossen. Ein Sohn des Verstorbenen, Erzherzog Franz Salvator, ist mit der jüngsten Tochter des Kaisers Franz Josef, mit der Erzherzogin Marie Valerie, vermählt. — Bei der ungarischen Wahlbewegung ist abermals Blut geflossen. Telegramme der Wiener Journale melden aus Pest, daß speziell in Kaschau Schlägereien mit theilweise blutigem Ausgange stattgefunden haben. Während der Abwesenheit des Justizministers Szilagyi hätten dieselben in Kaschau theilweise einen antisemitischen Charakter angenommen.

Die italienische Deputirtenkammer genehmigte am Dienstag eine von Rubelli beantragte Tagesordnung dahingehend, die Kammer billige die den Handelsverträgen zu Grunde liegenden Gedanken. Das Haus trat sodann in die Spezialdebatte der Handelsverträge ein. Crispi beantragte ein Amendement, nach welchem die Dauer der Verträge auf 6 Jahre zu beschränken sei. Der Ministerpräsident di Rudini legte das Handelsabereinkommen mit Bulgarien vor. Hierauf wurde die Berathung über die Handelsverträge fortgesetzt. Prinetti entwickelte eine Tagesordnung, in welcher die Genehmigung der Handelsverträge auf nur sechs Jahre verlangt wird. Crispi brachte einen Nachtragsartikel ein, dahingehend, die Regierung zu ernennen, mittels Spezialprotokolle eine schiedsrichterliche Klausel zur Lösung aller Fragen zu vereinbaren, welche während der Ausführung der Handelsverträge auftauchen könnten. Prinetti verlangte die Zusicherung der Regierung, daß dieselbe alle ökonomischen Folgen namentlich hinsichtlich des Münzwesens sowie der neuen ökonomischen Richtung erwogen habe. Der Ackerbauminister Chimicri kündigte die bereits erfolgte Unterzeichnung des Uebereinkommens betreffs der Industrie-Privilegien an und ersuchte Prinetti, die Verträge, deren Dauer eine nothwendige Bürgschaft für die Ordnung und Stabilität sei, ohne Referend anzufragen, worauf Prinetti seine Tagesordnung zurückzog. Hierauf wurde die Tagesordnung in der Weise angenommen, wonach die Kammer in Billigung der in den Handelsverträgen vorbereiteten Gedanken zur Debatte der einzelnen Artikel überging. — Alsdann begann die Spezialdebatte. Der Finanzminister Colombo erklärte, er werde die Tage studiren, ob es möglich sei, die Prozentsätze des Zolltarifs den taxlofen Ländern gegenüber bei der Erörterung des Generaltarifs zu erhöhen, und versprach die Einbringung einer Regierungsvorlage zur Beseitigung des Ausfuhrzölles auf Seide. Hierauf wurde Artikel 2 angenommen. Im Fortgang der Sitzung begünstigte Crispi den von ihm beantragten Zusatzartikel: er erinnerte an die Debatte von 1890 und beantragte, es sei nichts gefehlen, um das Ziel zu erreichen, welches man sich gesteckt

habe; die Wirtschaftspolitik lasse sich nicht von der allgemeinen Politik trennen, wie das Beispiel Deutschlands und Frankreichs beweise. Wenn die Regierung auf eine Verständigung mit Frankreich gehofft hätte, so hätte sie vor der Erneuerung der politischen Verträge den Ausgang der kommerziellen Verhandlungen abwarten sollen; die Regierung habe im Gegentheil dort angefangen, wo sie hätte aufhören sollen, woraus resultire, daß Frankreich sich abgeschlossen habe und die Schweiz sich aufgeschlossen werde. Da er die wirtschaftliche Isolierung Italiens nicht wolle, so werde er für die Verträge stimmen, obwohl er sie nicht für gut halte. Er fordere jedoch, daß ihre Dauer auf 6 Jahre herabgemindert wird, weil die Verhältnisse des Landes sich verändern könnten, weshalb, damit bei Ablauf der Tripelallianz im Jahre 1898 Italien in seiner Willensbestimmung freier werde. Was die Schiedsgerichtskosten anlangt, so erinnere er daran, daß ein Beschluß der Kammer vom Jahre 1890 bestimme, Streitigkeiten aus dem Verträge seien durch ein internationales Schiedsgericht zu begleichen. — Der Ministerpräsident di Rudini erklärte, die Schiedsgerichtskosten annehmen und mit den befreundeten Regierungen wegen deren Festsetzung in Verhandlung treten zu wollen. Der Minister ersuchte, Crispi solle seinen Antrag, welcher die Dauer der Verträge kürzen wolle, zurückziehen; die Annahme des Antrages seitens der Kammer komme der Verwerfung der Handelsverträge überhaupt gleich; Italien würde dann wirtschaftlich isolirt sein. Die zwölfjährige Dauer der Verträge wäre vereinbart, weil ein wirtschaftlicher Factor hergestellt werden sollte, dessen Bedeutung von ganz Europa anerkannt werde; im Uebrigen bedeute die zwölfjährige Dauer der Verträge nicht die Unmöglichkeit ihrer Verbesserung. — Nachdem die Kammer in namentlicher Abstimmung den Antrag Crispi mit 177 gegen 49 Stimmen abgelehnt hatte, wurde die Sitzung nach 8 Uhr abends geschlossen.

Zu den jüngsten Nihilistenverhaftungen in Rußland wird der „Köln. Zig.“ neuerdings in einem Moskauer Telegramm bestätigt, daß auf der Moskauer-Nisaren Eisenbahnlinie jüngst eine Mine gelegt worden sei, den Zug des aus Livadia zurückkehrenden Zaren in die Luft zu sprengen. Die Petersburger Polizei entwickelte eine außerordentliche Thätigkeit, den Verbrechen auf die Spur zu kommen.

Ueber die bulgarische Frage äußert die offiziöse Wiener „Politische Correspondenz“ der bulgarischen Ministerpräsident Stambulow und Orlof hätten den Vertretern der Mächte in Sofia erklärt, daß der von Seiten Griechenlands angebotene Schulgeses-Artikel nicht zur Anwendung kommen und durch eine neue Vorlage an die Sobranie abgeändert werden würde.

Die portugiesische Ministerkrisis ist nunmehr beendet. Zum Finanzminister wurde Oliveira Martins ernannt. Am Montag legte in der Sitzung der Cortes der Ministerpräsident das Programm des Kabinetts dar und führte aus, daß zur Herbeiführung der Reorganisation der Finanzen sich Alle Opfer auflegen müßten. Die Regierung werde genöthigt sein, an die Gläubiger des Staates zu appelliren.

Ueber den maroccanischen Aufstand hat am Montag in der französischen Deputirtenkammer der Abgeordnete Dreyfus an die Regierung eine Interpellation gerichtet und gefragt, welche Instruktion der dortige Vertreter Frankreichs erhalten habe. Der Minister des Auswärtigen, Ribot, erwiderte, mehrere Mächte hätten nach dem Hafen von Tanger Kriegsschiffe gesandt. Der französische Vertreter habe Befehl erhalten, die französischen Schiffsmannschaften landen zu lassen, wenn die in Tanger befindlichen Europäer in Gefahr gerathen oder wenn die Kriegsschiffe der anderen Mächte Truppen ans Land setzen sollten. (Beifall.) Er hoffe jedoch, daß die Ordnung in Tanger bald wieder hergestellt sein werde und daß die dortin entzündeten Kriegsschiffe

die Gewässer von Tanger verlassen können. (Beifall.) Damit war der Zwischenfall erledigt.

Bei dem neuen Khedive von **Aegypten** fand am Montag in Kairo ein diplomatischer Empfang statt. Der Khedive gedachte in seiner Erwiderung auf eine Ansprache des spanischen Generalconsuls seines Vaters und sprach dem diplomatischen Corps für dessen wohlwollende Erklärung seinen Dank aus. Er werde, dem Beispiele seines Vaters folgend, Alles für das Glück und Wohlergehen des Landes thun; er hoffe hierbei auf die Unterstützung der Vertreter der Mächte rechnen zu dürfen. — Nach einer Meldung der offiziellen Wiener „Pol. Corr.“ aus Petersburg würde der Bruder des Khedive, Mehemed Ali, den europaischen Höfen die Notifikation von der Thronbesteigung überbringen; bald darauf würde eine Kundreise des Khedive erfolgen.

Deutschland.

Berlin, 20. Januar. Nachdem am Dienstag Vormittag im Ghibathsaal aus Anlaß des Kapitels des Schwarzen Adlerordens die Festtafel stattgefunden, reiste der Kaiser nach Kiel ab, 24 Stunden früher als anfangs beabsichtigt worden war. Ueber die Dauer des Aufenthalts in Kiel sind noch keine Bestimmungen getroffen. Prinz Heinrich hatte erst wenige Stunden vor dem Kaiser Berlin verlassen. Von Kiel begab sich der Kaiser, wie man von dort weiter mittheilt, gestern Nachmittag 2 1/2 Uhr zu Wagen nach dem Nordsee-Canal. — Die Kaiserin Friedrich wohnte Montag Nachmittag in der Invalidenkirche der Trauerfeier für den verstorbenen Oberfallmeister v. Rauch bei und empfing später den Prinzen und die Prinzessin Albrecht. — Prinz Friedrich Leopold wurde in London bei seiner Ankunft auf dem Victoriabahnhof vom Herzog von Coburg und dem deutschen Botschafter Grafen Haffsitz empfangen und begab sich von da nach dem Buckinghampalast. — Der König und die Königin von Württemberg werden am Sonntag, den 24. d. M., abends 8 Uhr erwartet. Es findet großer Empfang statt. Die Begleitung wird außer dem Minister v. Wittmann aus dem militärischen Gefolge bestehen. Die Anwesenheit dauert bis Donnerstag.

— (Dem Bundesrath) ist, wie jetzt auch der „Reichsanzeiger“ bestätigt, ein Antrag Preussens auf Annahme des Entwurfs eines Gesetzes über Änderungen von Bestimmungen des Strafgesetzbuchs, des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Gesetzes vom 5. April 1888, betreffend die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen, zugegangen.

— (Zur Ausführung der Landgemeindevorbereitung) in den östlichen Provinzen Preussens hat der Minister des Innern nacheinander die zweite und die dritte Anweisung erscheinen lassen. Die Anweisungen betreffen die Umgestaltung der Gemeinden und Gutsbezirke und die Bildung von Gemeindeverbänden sowie die Verfassung und Verwaltung der Landgemeinden. Die Anweisungen sind im „Reichsanzeiger“ vollständig abgedruckt und außerdem im Buchhandel zu haben.

— Die einheitliche deutsche Militärgerichtsbarkeit ist nach der „Frankf. Ztg.“ vorläufig wieder bei Seite gelegt, da es nicht gelungen ist, einen Ausgleich zwischen den gegenseitigen, in Nord und Süd bestehenden Anschauungen herbeizuführen.

— (Zur Volksschulgesetzvorlage) Gegenüber der Meldung der „Nat. Corresp.“ im Staatsministerium hätten zwei Minister gegen das Volksschulgesetz gestimmt, schreibt die „Kreuzztg.“: Das wissen wir aus guten Quellen, daß der Finanzminister Dr. Miquel sein Votum für das Gesetz abgegeben hat. — Der „Volkstz.“ zufolge hätten Minister v. Bötticher und Thielen gegen das Gesetz gestimmt.

— (Herr Miquel.) so schreibt der parlamentarische Correspondent der „Breslauer Zeitung“, ist ein Mann, für den es einen dämonischen Keiz hat, Aufgaben zu lösen, an deren Schwierigkeit andere gescheitert sind. Das ist ein Ehrgeiz von nicht gemeiner Art. Ob die Lösung dieser Aufgabe möglich ist, ist eine Frage, die er gern zurückstößt; die Ueberwindung der Schwierigkeit bietet ihm hinreichende Genugthuung. Er hat den Branntweinsteuerentwurf des Herrn von Scholz in den Häfen gelooht, von der Annahme verhandelt, es würde sich die Gelegenheit finden, Vorkehrungen über die Entfesselung des Branntweins zu erlassen. Diese Aufgabe war auch für seine Kräfte zu schwer, weil sie absolut unlösbar ist. Minister zu werden, reiste ihn die Aufgabe, höhere Erträge aus den directen Steuern zu ziehen, an der Andere gescheitert waren. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß man von dem, was er bisher geleistet, völlig befristet ist und bald auf seine weiteren Dienste verzichtet. Sanguiniker im höchsten Grade in Beziehung auf die Ziele, die er sich setzt, nüchternere Praktiker in Beziehung auf

die Mittel, mit dem er diese Ziele erlangt, das ist für einen Staatsmann, der gen ein „nützlicher Mann“ sein möchte, eine sehr unglückliche Mischung. Eine große Steuerreform wollte er bewirken; die erste Hälfte, die Steuererhöhung, ist ihm zum Erkennen geglückt, seine Kunst an der zweiten Hälfte der Steuererleichterung zu beweisen, wird man ihm erlassen. Das Ministerium scheint sich danach, homogen zu werden, und in den Kreis des Herrn Graf Zetlitz, von Heyden, von Berlepsch paßt Miquel schlecht. Wer es anders sagte, thäte ihm Unrecht.

— (Eisenbahnminister Thielen und die Tarifreform.) Der Minister wohnte am Dienstag der Verhandlung der Budgetcommission des Reichstags über den Eisenbahnetat für Elsaß-Lothringen als Chef dieser Eisenbahnverwaltung bei. Auf eine Anfrage über seine Stellung zu der Frage der Tarifreform erklärte Minister Thielen: In Bezug auf die Reform des Personentarifs ist zunächst noch keine Aussicht auf eine Einigung unter den Einzelstaaten. Diese Ermäßigung wäre auch bezüglich des Mehrausgaben sehr bedenklich und würde bedeutende Mehrausgaben erfordern. Auch wenn wir uns günstigere finanzieller Verhältnisse erweuten, würde eine solche Ermäßigung bedenklich sein. Vor Allem seien Reformbestrebungen zu begünstigen und Reformen beabsichtigt für den Nahverkehr, der 70,8 pCt. des Verkehrs ausmache. Diese Reform dürfte auch keine finanziellen Bedenken haben. Ein Versuch sei seit October v. J. im Berliner Nahverkehr gemacht worden, gewissermaßen ein „ungeführter Zonenarif“. Das finanzielle Resultat dieses Versuches lasse sich noch nicht übersehen. Zur Probe sei absichtlich das Winterhalbjahr gewählt worden. Bewähre sich dieser Tarif, so sei damit wohl das Vorbild für weitere Reformen gegeben. Der Tarif sei sehr einfach und billig, trotzdem habe er nicht allgemein befriedigt, wenn er auch als eine große soziale Wohlthat anerkannt sei. Unter dem gegenwärtigen Tarif habe sich der Personenverkehr außerordentlich stark entwickelt. Eine Reform sei auch darum so schwierig, weil in der öffentlichen Meinung und in der Presse die Meinungen sehr auseinander gehen, die Ansichten der gebildeten Sachverständigen und Interessenten seien sehr verschieden. Nur darüber herrsche Uebereinstimmung, daß ein radikaler Zonenarif nicht wünschenswert sei. Es wäre ein Sprung ins Unleth, den nur Uebertun oder Verzweiflung wagen könnten. Mit dem preussischen Finanzminister stimme er in der Auffassung völlig überein, daß Sparmaßregeln dringend notwendig sei. Gleichwohl dürften die Hände nicht in den Schoß gelegt, sondern die Reformprojecte sollen genau geprüft und weitere Verhandlungen gepflogen werden. Was die Reform des Güterverkehrs betreffe, so konnte bis jetzt die Absicht, die Posttarifreife zu reformiren, aus finanziellen Rücksichten nicht in Angriff genommen werden. Aus Rücksicht auf die schlechte Ernte und das russische Ausfuhrverbot sei der Staffeltarif eingeführt worden. Die wirtschaftliche Wirkung desselben sei wegen der Kürze der Zeit noch nicht zu übersehen, in finanzieller Beziehung sei er nicht bedenklich, dürfte vielmehr noch eine kleine Mehrausgabe ergeben.

— (Ein interessantes Eingeständniß) hat bei den Verhandlungen der Budgetcommission des Reichstags über den eisenbahnetat am Dienstag der nationalliberale Abgeordnete Hammacher gemacht. Hammacher war einst der Führer der Mehrheit des Abgeordnetenhauses bei Durchführung der Eisenbahnverstaatlichung. Heute erklärte derselbe Herr Hammacher, „als früherer Freund und Befürworter des Staatseisenbahnsystems“, daß nach der Art, wie die Verstaatlichung in Preußen durchgeführt worden sei und gehandhabt werde, Preußen in seiner Verkehrsentwicklung auf dem todten Punkt angelangt sei. Es bleibe jetzt nichts anderes mehr übrig, als die Frage zu entscheiden, ob man die Staatseisenbahnen besser verpachtet oder wieder an Private verkauft, um aus der jetzigen ungünstigen Situation herauszukommen. — Der Verhandlung wohnte auch der Eisenbahnminister Thielen bei.

— (Die Motive zum Trunksuchtgesetzentwurf) sind jetzt auch dem Reichstag zugegangen. Derselben füllen 24 Seiten. Beigefügt ist eine Uebersicht des geltenden Reichsrechts und der ausländischen Gesetzgebung von Oesterreich Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Belgien und Schweden. Die Hauptsache aus den Motiven, insbesondere die einseitige Statistik in dem allgemeinen Theil derselben ist schon vor längerer Zeit im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht und von uns kritisiert worden. Eine neue Bestimmung des Entwurfs, welche in dem früheren Entwurf nicht enthalten war, verbietet bekanntlich den Handlungsfreisenden, Bestellungen auf Branntwein und Spirituosen bei solchen Personen aufzusuchen, in deren Geschäftsbetrieb dieselben keine Verwendung finden. Die Begründung dieses einschneidenden Verbotes beschränkt sich auf wenige

Zeilen. Ohne näheren Nachweis wird behauptet, daß das Aufsuchen solcher Bestellungen dem Hang der Bevölkerung zum Branntweingenuss in bedenklicher Weise Vorstoß leiste. Die hierbei eingegangenen Verpflichtungen überliegen häufig die finanzielle Leistungsfähigkeit der Besteller. — Recht leicht machen es sich die Motive auch mit der Begründung des bekannnten, vom Juristentage verworrenen neuen Strafaragraphen. In der Hauptsache berufen sich die Motive dabei auf einen Commissionsbeschluß des Reichstages aus dem Jahre 1881. Die ganze Erörterung über diesen neuen Strafaragraphen umfaßt noch nicht 30 Zeilen.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 19. Januar.) Am Reichstage wurde heute die Vorlage betr. die Änderung des ermäßigten Zolls für aus dem 1. Februar in Frankreich befindliche Ölsäure in erster Lesung beraten. Die Tendenz der Vorlage wurde fast allseitig als notwendige Consequenz der Handelsverträge anerkannt. Ebenso gemeinsam war aber auch die Klage über die Minderwertigkeit des Ölsäure und das Befolgen, die Zollermäßigung auch auf das in Mühlenlagern befindliche Getreide und auf Holz in Frankreich auszuwenden. Selbst die konservativste Opposition, als deren Führer Abg. Wenzel auftrat, konnte sich der Nothwendigkeit einer solchen Vorlage nicht entziehen, wenngleich sie als Motiv dafür nicht die Rücksicht auf den Consum und den Handel geltend machen wollte, sondern sie lediglich als ein Mittel gegen die Speculation ansah. Die Zoll- und Finanzminister, welche Herr Wenzel herbei zum Besen gab, bot dem Abg. Bräunel und Richter leichte Gelegenheiten, abermals das Galtlose der konservativen Argumente darzutun. Abg. Richter nahm gegenüber einer Versicherung des Staatssecretärs Herrn v. Malchahn, der an dem Prinzip der Differentialzölle festhalten wollen, Veranlassung, entschieden für die Verlangemeinerung der zollfreie einzutreten, wobei er ausdrücklich den Wunsch nach einer gesetzlichen, statt bloß vertragmäßiger Fixierung aller Zulasse zur größeren Sicherheit des Handelsverkehrs aus sprach. Auf Antrag des Abg. Richter wurde die Vorlage an eine Commission von 21 Mitgliedern zwecks Verständigung über die Verbesserungswünsche überwiesen. Eine wesentliche Debatte erlebte das Haus darauf den Rest des Tages der Reichsboten- und Telegraphen-Verwaltung und den Etat der Reichsbank. — Für Mittwoch wurden Antikontingente, darunter der fernhinige Antrag auf Veränderung des Wahlverfahrens auf die Tagesordnung gesetzt.

— In parlamentarischen Kreisen zieht man aus Bemerkungen, welche bei dem gestrigen Empfang der Präsidenten beider Häuser des Landtages gefallen sind, den Schluß, daß auch an maßgebender Stelle das Zustandekommen des Volksschulgesetzes nur auf Grund eines Ausgleiches der bestehenden Gegensätze für möglich erachtet wird.

Provinz und Umgegend.

R. Halle a/S., 19. Januar. Ein Schwindler kommt il laut wurde in der gestrigen Sitzung des hiesigen kgl. Landgerichts abgeurtheilt. Derselbe, der Kaufmann Friedrich Franz Walther Schirmer aus Borsdorf, 28 Jahre alt, wegen Betruges vielfach, sogar mit Zuchthaus verurtheilt, hatte es verstanden, im letzten Sommer sich in hiesige studentische Kreise einzubringen und sogar in ein hiesiges studentisches Corps aufnehmen zu lassen. Einen hiesigen Kaufmann schädigte er um wenige Mark für Corpsmitgliedschaft und darum die Anzeige wegen Betruges im wiederholten Rückfalle. Er erhielt dafür 2 Monate Zuchthaus Zusatzastrafe.

— In der Wuchererstraße in Halle ist am Montag wieder einmal ein Diebstahl von Schäden gekommen, indem dasselbe beim Feueranzünder Petroleum in das Feuer goß, infolge dessen dem leichtfertigen Mädchen die Klammern entgegenschlugen. Glücklicherweise kam dasselbe ohne schwerere Verletzungen davon. Es verbrannte sich nur Haar und Augenwimpern, außerdem wurden einige Kleidungsstücke vernichtet.

— Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts stand am 18. d. M. der Brauereibesitzer Julius Hädicke aus Döllnitz, angeklagt wegen fahrlässiger Körperverletzung. Die Sache betraf einen der zahlreichen Fälle, wobei durch ungenügende Bedienung des zum Betriebe von Droschkafahrten benutzten Öbelpfannes Personen zu Schaden gekommen. In vorliegendem Falle war am 4. Juli v. J. der 12jährige Paul Preiß infolge Quetschens durch ein Zahnrad am rechten Fuße verletzt worden, so daß er mehrere Wochen eingekerkert hat. Daß die Bedienung des Öbelpfannes ungenügend gewesen, bestritt der Ortsvorsteher, wogegen der Angeklagte dem Verlesten selbst Unvorsichtigkeit schuld gab und Beweisführung darüber beantragte, weshalb Verurteilung der Sache beschloßen wurde.

— Am Dienstag Mittag starb in Halle der Director der Franckeschen Stiftungen, Dr. Otto Fried, an einer Lungenentzündung, einer Folge der Influenza, die ihn vor einigen Tagen ergriffen hatte. Dr. Fried stand erst im 61. Lebensjahre. Im Jahre 1880 wurde er als Nachfolger des Professors Adler zum Rector der Lateinischen Hauptschule und Condirector der Stiftungen berufen und folgte dann zwei Jahre später dem Geheimen Reg.-Rath Kramer in der gesammten Leitung der Stiftungen.

vor dem Herkürmen beim Ausfall auf den Strand zu
schicken. Tropfen geruch he pöblich im Zusammenstoß mit
anderem Eise, und die drei Fische führten ins Wasser.
Glasfenster war es nicht mehr weit vom Strande.
Durch fortgesetztes Ankommen an Glasfenster lichten sie
sich über Wasser zu halten, und so gelang es allen drei
Personen, fast gänzlich erkrankt und vom Eise schwer verletzt,
das Ufer bei Pufferer zu erreichen, wo sie von Fischern
aus Steinort, welche die Unglücklichen benetzt hatten in
Empfang genommen wurden.

(Heilliche Erziehungsmethode.) Im
October v. J. wurde der 17jährige Arthur v. S., Sohn
einer wohlhabenden Familie in Arco, mit seinem Bruder
Karl dem Realcollegium „Stella maritima“ in Feldberg
(Sachsenberg) zur Erziehung von seinem Vater anvertraut
und wegen seiner schwächlichen Körperconstitution dem
Rector zu besonderer Rücksichtnahme empfohlen. Um Weis-
sagen nach sich Herr v. S. zum Besuch seiner Eltern
nach Feldberg und nur durch das schlechte Aussehen des
Kranken Arthur unangenehm überrascht. Auf eindringliches
Befragen, so theilt der in Novorodo erscheinende „Nac-
co-Gitro“ mit, vertraut ihm der Knabe an, daß er im Laufe
der letzten drei Monate sieben Mal mit einem Leber-
riemen körperlich geschlagen worden sei und nur durch
Weintrauben, da er ein Verium nicht zur Aufrechterhaltung
des Rectors anwendig gefehlt hat, 35 Stodfrüde er-
halten habe, in Folge welcher er sich nicht mehr aufrecht
erhalten konnte. Herr v. S. nahm begreiflicherweise seine
beiden Söhne sofort aus dem Institute, dessen Rector die

Berichte mit dem Bemerkten zurückgewiesen hatte, daß in
der Hausordnung die Bestimmungen über die körperliche
Nüchternheit aufgenommen seien und führte sie nach Arco.
Dort erkrankte Arthur an den Folgen der erlittenen Miß-
handlungen, so daß ein Arzt angeworben werden mußte, welcher
über den Fall gerichtliche Schritte ergriffte. Die Zeitung
des Realcollegiums in Feldberg, welches von etwa 500
Pöglingen frequentirt wird, dürfte nunmehr behördlich über
das geschilderte barbarische und mit den Schulgelehen in
trauen Widerspruch stehende Vorgehen zur Verantwortung
gezogen werden, und man sieht allgemein mit großer
Spannung den Ausgang dieses Standalprozesses entgegen,
der auf die von Realcollegium Seite zu erhaltene Lösung der
Schulfrage ein darstellerisches Schlaglicht wirft.

Militärisches
Deutschland. Mit Mannschafszelten will
die Heeresverwaltung in diesem Jahre bei den militärischen
Übungen einen größeren Versuch machen. Dieselben sind
so geübt, daß vier je einen Meter hohe Stäbe aus Holz
in die Erde gesteckt werden, darüber wird dann Leinwand
gebreitet, die unten an den Stäben befestigt wird. Jedes
Zelt ist für zwei Mann eingerichtet. Der Soldat wird mit
den Vordrängen des Zeltes auf den Markie nicht beschränkt.
Sowohl die Stäbe, als auch die Leinwand werden, in Stücke
verpackt, auf dem Munitionss- und Wagnenwagen mitgeführt.
Die Artilleriemerkmale sind mit der Herstellung einer großen
Anzahl Stäbe für die Zelte beauftragt. Wahrscheinlich
wird damit behufs Aufstellung eines Verzeichnisses während der

Männer zunächst ein Armeecorps ausgerüstet. — Ein
neuer Waffenrod wird nach dem Schwab. Mer. „
gegenwärtig für das 13. württembergische Armeecorps er-
probt. Die Waffenrod sollen nach vordringlicher
Muster nur eine Knospe haben. Die Umänderung der
vorhandenen Waffen unterliegt. Bei Weiterfassung kommt
die neue Vorrichtung zur Anwendung.

Gerichtsverhandlungen.

Berlin, 19. Jan. Das Schwurgericht des Land-
gerichts I. verurtheilt heute in dem Nord-Prager
Schweizer-Prager den Comis Schweizer, welcher
erwiesenermaßen unter dem unethischen Einfluß seiner
Schwelter, der Frau des Dr. Prager, gehandelt, zu fünf
Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Exortheit, die Frau
Prager zu 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Exortheit.
Der Staatsanwalt hatte je 4 Jahre Zuchthaus beantragt.
— Die Schwurgerichtsverhandlung gegen den Kammer-
Rath ist auf den 2. Februar angelegt.

Börsen-Berichte.

Halle, 19. Januar. Bericht über Stroh und
Heu, mitgetheilt von Otto Weiboh. (Zählweise Preise
gelten für 50 Kgr.) Roggen-Dangstroh (Hauptstadt)
3,00 bis 2,50 Mt. Roggen-Dangstroh (Wittenberg)
1,00 Mt. Roggenstroh 1,25-1,50 Mt. Weizen-
3,00-3,25 Mt. Kleben 3,50 Mt. Torfstreu 1,20 Mt.

Anzeigen.

Der vierte Teil übernimmt die Redaction des
Blattes gegenwärtig keine Verantwortung.

Familien-Nachrichten.

Todes-Anzeige.

Heute früh 6 Uhr verschied nach kurzem
Leiden unsere liebe kleine Emma im Alter
von 4 Monaten. Um stillen Beileid bitten
E. Richter, Waisenhofverwalter,
und Frau.

Merseburg, den 20. Januar 1892.

Für die vielen Beweise der Liebe und Theil-
nahme beim Begräbniß unseres lieben Verstor-
benen sagt Allen herzlichsten Dank
Familie Rothe.

Landgasthof-Verkauf.

Ein herrlich. Gasthof, einziger im Orte,
umweit Merseburg, mit Tanzsaal, Scheune,
Ställen, Garten und 3 Morg. Feld, ist bei
3-4000 Thlr. Abzahlung sofort zu verkaufen
durch Carl Rindfleisch, Merseburg,
Burgstraße 13.

Ich beabsichtige mein

Grundstück.

bestehend in Haus, Garten, großer Stallung
und sehr großen Hinterhof, zur Delaunahme,
gemächlichen, industriellen oder zur Fabrik-
Anlage geeignet, zu verkaufen. Kaufschreiber
bönnen mit mir unterhandeln.

Aug. Puschel, Zeichstraße.

Feld-Verpachtung in Greppan.

Zu Greppan für Morgen, sollen
ca. 40 Morgen Aker
per 1. Oct. d. J. neu verpachtet werden.
Pächter wollen sich mit mir in Berlin-
burg sehen.
Fried. W. Kunth, Merseburg.

1 oder 2 Hauspläne

werden zu kaufen gesucht. Nummer 12.
Ein noch gut erhaltener Kinderwagen mit
Belastungsraden ist zu verkaufen.
Zeichstraße 5, parterre.
Daneben ist auch ein noch neuer Küchen-
unterricht billig zu verkaufen.

Gute Speisefartoffeln

liebere centnerweise frei Haus.

Ed. Klaus.

Bauplätze

verkauft E. M. Teuber, Bürgergarten.
Hymnen, Salz- und Naute empfiehlt
d. O.

3000 Mark sind im Ganzen oder getheilt
Kaufbar auf gute landliche Grundstücke.
Sportheil folgend oder später anzuleihen.
Nähere Auskunft ertheilt Kaufmann Beutel
in Merseburg, Gostardstraße 39.

Die obere Etage Amtenstraße 13, be-
stehend aus 2 Stuben, 3 Kammern, Küche und
Zubehör, ist zu vermieten und sofort oder
später zu beziehen.
Desgleichen die untere Etage Amten-
straße 14, bestehend aus 2 Stuben, 2 Kam-
mern und Küche nebst Zubehör, ist zu ver-
mieten und sofort oder später zu beziehen.
Die untere Etage, Carl- und Seiffner-
straße 10, bestehend aus 5 Stuben, 2
Kammern, Küche und allem Zubehör, großem
Garten mit oder auch ohne Pferdehof, ist zu
vermieten und sofort oder später zu beziehen.
Zu erfragen

Weisse Mauer 11.

Sera. Jörn, Baumunternehmer.
Eine Wohnung, bestehend aus 2 Stuben,
2 Kammern, Küche und Zubehör nebst Wasser-
leitung, ist zu vermieten und 1. Juli zu be-
ziehen
Breitstraße 8 s.

Mit heutigem Tage eröffnete ich Wagnerstrasse
Nr. 3 eine

Kranz- und Bouquet-Binderei

und halte dieselbe einem hochgelehrten Publikum unter Zusicherung
prompter Bedienung und solider Preise bei Bedarf angelegentlich
empfohlen.
Hochachtungsvoll

G. Exner, Kunst- und Handelsgärtner.

Verkauf von Schnittblumen.

Einige Familien-Wohnungen im Preise von
20 bis 30 Thlr. sind zu vermieten und eine
sofort, die andern zum 1. April zu beziehen
Zaalfstraße Nr. 13.
Zwei Logis sind zu vermieten und 1. April
zu beziehen
H. Ritterstraße 16.
Ein Logis von 50 Thlr., zu Dieren beziehb-
bar, und ein Logis von 30 Thlr., gleich oder
Dieren beziehb., hat zu vermieten
Aug. Weisfel, Zeichstraße.

Nach ist daneben ein gut möbirtes
Zimmer mit Schlafkammer zu vermieten.
Clobigauer Str. 21 ist die erste Etage
im Ganzen oder getheilt zu verm. u. 1. April
1892 zu beziehen.
Langhader Str. 7 ist die Hochparterre-
Etage sofort zu vermieten und 1. April zu
beziehen.
Ebenso wird daneben eine kleinere Woh-
nung frei und wird nur an ruhige Mieter
abgegeben.
Ein Familienlogis zu vermieten und so-
fort oder Dieren zu beziehen
Breitstraße 2.
Eine Wohnung, 2 Stuben, 2 Kammern u.
Küche, zu vermieten und kann sofort bezogen
werden
Clobigauer Straße 25.
Eine Wohnung (1 Et.), 2 St., 1 K., Küche,
Wasserl. u. Zubeh., eine Hofwohnung, 2 St.,
1 K. u. Zubeh., zu vermieten und 1. April
zu beziehen
Oberaltenburg Nr. 23.
Entenplan Nr. 8 ist die 2. Etage sofort
oder 1. April an eine einzelne Dame zu ver-
mieten.
Möbirtes Zimmer zu vermieten
Entenplan Nr. 2.
Ein möbirtes Zimmer ist zu vermieten
Altenburger Schulplatz 3, 1. Etage.

Veig's und Gibil's Fleischtract,
Gunter's und Vloerer's Cacaopulver,
bei 5 Pfunden Vorzugspreise,
Sprengel's Cacaopulver. Ps. Nr. 2 20 Pf.
Zee's, grüne und schwarze, angewogen
und in Originalpacketen, hofheim im Aroma,
Vanille ff., erstallirt.
Snorr's Sappennmehle und Sappentafeln
mit Pfeiftract a Stück 20 Pf., aus-
reichend zu 2-6 Tellern Suppe. Auswahl:
Erbsen, Bohnen, Linsen, Reis, Gerst, Ju-
kenne, Kartoffeln u.
Snorr's Erbsenwurst ff. in 1/2 Pfunden -
für 12 Teller Suppe.
Vanillon-Capeln a Stück 10 Pf., 10 Stück
90 Pf.

in der Drogen- u. Farbenhandlung
von Oscar Leberl,
Burgstraße Nr. 16.

Räusliche Zähne, Nomben, Ope-
rationen.
Weigand, Markt 4.
Ehrenhunden 9-1 und 3-5 Uhr.

Schablonen
zur Wäschezucker-
Monogramme
in 9 verschiedenen Größen und Mustern
von 20 Pfg. an,
verzerrte Buchstaben,
Kanten, Ecken,
achte Farben u. s. w., sehr reiche Aus-
wahl bei billigsten Preisen,
Nähmaschinen
mit jederdem Dehr (Selbstfädler)
25 Pfg. pr. Brief empfiehlt

Hugo Kaether,
Schmalstraße 11.

Ratten u. Mäuse vertilkt siche-
das für Haus
losere ungefährl Mittel v. Rob. Hoppe, Halle a/S
Dose zu 40 u 75 Pfg bei
Carl Herfurth, Breitestr. 2.

Geraer Kleiderstoffe.
Empfehle große Auswahl in
Trauer- u. Anstrauerstoffen
zu billigen Preisen.
Bertha Naumann,
Clobigauer Straße 21.

Militär-
Reclamations-Formulare
sind zu haben in der Buchdruckerei von
Th. Rössner.

Einige junge anständige Mädchen können
zur Erlernung der Damenschneider-
arbeiten angenommen werden bei
Frau Weisfel, Bohmstraße 17, 1. Et.

Damenchneider-
eleg. u. einf., wird sch. u. b. ausgef.
Zeichstraße 10.

Mrs Schneiderin
in und außer dem Hause empfiehlt sich
Martha Scheffler,
Danntstraße 5.

Redaction, Druck und Verlag von Th. Röhrer in Merseburg.

Gesang-Verein.

Freitag 7 Uhr letzte Übung am
Schumann.

Verband Deutscher
Handlungsgehilfen.
Nächsten Donnerstag
den 28. Januar d. abends
8 1/2 Uhr Versammlung
im „Zwölf“.

Allgemeiner Turnverein.
Heute Donnerstag den
21. d. M. abends 8 Uhr.
in Wehler's Restauration.
Der Singwart.

Gesang-Verein Thalia
hält Sonntag den 24. Januar, abends
8 Uhr, sein Tanzchen in der Reichs-
traße ab.
Karten werden zu diesem Vergnügen nicht
ausgegeben.
Der Vorstand.

Reinhardt's Restauration.
Heute Donnerstag
Schlachtfest.

Sieber's Restaurant.
Heute Donnerstag Schlachtfest.

Herzog Christian.
Donnerstag von 1/8 Uhr ab
Bockbraten.

Daner's Restauration.
Morgen Freitag
Schlachtfest
und ff. Schloßbräu.

Unsere geladenen Gäste zur
Nachricht, daß der für den 21. d.
M. beschlossene
Vereinsball
zu Atzendorf bis auf Weiteres
verschoben wird.
Der Vorstand

d. landwirthschaftl. Vereins.
Schüler finden freundliche Aufnahme
bei vollständigem Familienanstoß bei
Frau Dr. Jürgens, Carlstr. 29.
Empfehlungen durch Herrn Pastor Wölling,
Gerberth b. Dells a. B. und Herrn Dom-
diacoms Wiltner hier.
Für sofort
eine
Anwartsung gesucht.
H. Ritterstraße 12.
Ein Mädchen als Aufwartung wird für
den größten Theil des Nachts gesucht
Clobigauer Straße 28.
Ein ordentliches fleißiges Mädchen
wird sofort oder später gesucht
an der Stadtstraße 2.
Ein ordentliches und christliches Mädchen kann
sofort in Stellung treten beim
Gastwirth Kropf, Geusa.
Verloren Dienstag Abend an dem Wege
von Rania nach Merseburg
eine Herddecke, gezeichnet A. K., und eine
Pfeife. Gegen Belohnung abgegeben
arobe Ritterstraße 4.

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Vermittler. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 15.

Donnerstag den 21. Januar.

1892.

** Doppelt sädliche Wirkung der Schutzölle.

Die Schutzölle haben einmal die schädliche Wirkung, daß sie einen und zwar den größeren und schwächeren Theil der Bevölkerung, die Consumenten, dem kleineren und meist wirtschaftlich stärkeren Theile, den Produzenten, tributpflichtig machen. Vielleicht noch größer ist der Schaden, den sie dadurch anrichten, daß sie die Thätigkeit der Produzenten, eine Verjüngung in ihrem Gewerbe auf naturgemäßen Wege zu erzielen, welche sie mit dem Auslande concurrenzfähig machen würde, brechen und vernichten. Alles Sinnen und Denken der schutzöllnerischen Großgrundbesitzer war bisher darauf gerichtet, die Kornzölle in der bisherigen Höhe zu erhalten, und jetzt ist es darauf gerichtet, den Neit der agrarischen Zölle in der jetzigen Höhe zu erhalten. Dabei kann ein Bestreben, eine Vermehrung der Einnahmen durch Verbesserungen in der eigenen Wirtschaft zu erzielen, gar nicht aufkommen. Ebenso sind die Bestrebungen der Industrie-Schutzöllner darauf gerichtet, sich nicht nur die Erzeugnisse der Zölle in der bestehenden Höhe zu erhalten, sondern diese noch durch Abschlüsse von Kartellen zu erhöhen. Dasselbe zeigt sich auch unter den Tabakpflanzern, besonders in der Pfalz. Der Zoll auf ausländischen Tabak ist bisher um 20 Mk. per Centner höher, als die Steuer auf inländischen. Das wirkt natürlich als Schutzoll für den inländischen Tabakbau. Das ganze Dichten und Trachten eines Theiles der pfälzischen Tabakpflanzler ist nun darauf gerichtet, die Differenz zwischen Zoll und Steuer und dadurch den Schutz für den inländischen Tabak zu erhöhen. Von sachverständiger Seite wird immerfort darauf hingewiesen, daß dem inländischen Tabakbau weit mehr und besser geholfen werden würde, wenn die Tabakpflanzler dem heutigen Geschmack der Raucher entsprechende bessere, leichtere und besser brennende Qualitäten erzeugen würden, wozu die Beschaffung besseren Samens, die Beschränkung der zu starken Anwendung von Stall- und Grubendünger, der die Brennbarkeit des Tabaks tief herabsetzt und die reichlichere Anwendung von künstlichem, besonders kalihaltigen Dünger gehört. Aber die Tabakpflanzler wollen davon nichts wissen. Sie verlangen, daß der Staat durch höhere Schutzölle die deutschen Raucher zwingen soll, den von den Pfälzern erzeugten schweren, durch überreiche Düngung mit Auswuchtsstoffen schwer verbräunlich gemachten Tabak zu konsumieren. Die Sprecherin dieser Tabak-Hochschutzöllner, die „Pfälzer Zig.“ erklärt, daß die jetzige Differenz von 20 Mk. zwischen Zoll und Steuer noch gar keinen Schutz vorstelle; von einem höheren Schutzoll könne daher keine Rede sein; die Pflanzler wären schon froh, wenn sie überhaupt einen Schutzoll erhielten. „Es klingt sehr schön, wenn man den Bauern erhebt, wie er es machen soll, um besseren, leichteren und feineren Tabak zu erzielen. Daß man den guten Samen, sorgfältige Behandlung und womöglich künstlichen Dünger — reinen Kali- und Phosphordünger — braucht, hat man schon lange genützt. Der Bauer sagt sich aber: Diese Sachen, besonders der künstliche Dünger kosten Geld. Der leichte Tabak, den ich dadurch erziele, geht nicht ins Gewicht; da ist es mir doch rentabler, wenn ich in der alten Weise weiter baue und vom Tagewerk eine gehörige Anzahl Centner gewinne. In der Preis auch nicht hoch, so bekomme ich doch mehr Geld, als wenn ich eine geringere Centnerzahl erziele und noch dazu den theuren Dünger bezahlen muß. Schaffe man dem deutschen Tabakbauer doch erst einen leidlichen Schutzoll“ u. s. w. — Das ist sehr bedauerlich. Die deutschen Raucher sollen durch die Hand des Staates gezwungen werden, das bisher von den Pfälzern erzeugte, nicht wohl schmeckende und schwer verbräunliche Pfälzer Produkt zu schmauchen, weil die Leser der „Pfälzer Zig.“ zu träge sind, und auch nicht die Mittel aufwenden wollen, um ein besseres, dem Geschmack der deutschen Raucher entsprechenderes und beförmlicheres Produkt zu erzielen, wie das Ausland daselbe vermöge der größeren

Intelligenz und größeren Mühe, welche sich dort die Pflanzler geben, erzielt. Die deutschen Raucher werden sich hoffentlich nicht zwingen lassen, die Stantadressen zu konsumieren, welche die Patrone der „Pfälzer Zig.“ ihnen aufzwingen wollen. Und die Reichsregierung ist nach ihren bestimmt abgegebenen Erklärungen auch nicht dafür, nicht um der deutschen Raucher willen, sondern deshalb, weil dann, wenn die Wünsche der pfälzischen Tabak-Schutzöllner erfüllt würden, die Reichskasse einen erheblichen Ausfall an Zöllen haben würde, und der Tabak soll womöglich „noch mehr bluten“. Kein Antrag, der einen Ausfall bringt, hat die geringste Aussicht auf Erfolg.

Politische Uebersicht.

Der österreichische Erzherzog Karl Salvator ist, wie schon gestern kurz mitgeteilt, am Montag in Wien an Lungenentzündung in Folge von Influenza gestorben. Der Verstorbenen, ein Bruder des letztregierenden Großherzogs von Toskana, wurde zu Florenz am 30. April 1839 geboren. Er ist Feldmarschalllieutenant. Vermählt war er seit 1861 mit Maria Zmamarca-Klementine, Prinzessin von Bourbon und beider Sibilien, welcher Ehe acht Kinder, fünf Söhne und drei Töchter, geboren sind. Die Tochter Prinzessin Marie Theresia wurde am 1. März 1867 in Wien geboren. Sie ist seit dem 1. März 1888 mit dem k. k. Generalmajor Grafen von Spreti verheiratet. Der Graf von Spreti ist seit dem 1. März 1888 mit der k. k. Generalmajorin Gräfin von Spreti verheiratet. Der Graf von Spreti ist seit dem 1. März 1888 mit der k. k. Generalmajorin Gräfin von Spreti verheiratet.

habe; die Wirtschaftspolitik lasse sich nicht von der allgemeinen Politik trennen, wie das Beispiel Deutschlands und Frankreichs beweise. Wenn die Regierung auf eine Verständigung mit Frankreich gehofft hätte, so hätte sie vor der Erneuerung der politischen Verträge den Ausgang der kommerziellen Verhandlungen abwarten sollen; die Regierung habe im Gegentheil dort angefangen, wo sie hätte aufhören sollen, woraus resultire, daß Frankreich sich abgeschlossen habe und die Schweiz sich auch abschließen werde. Da er die wirtschaftliche Isolierung Italiens nicht wolle, so werde er für die Verträge stimmen, obwohl er sie nicht für gut halte. Er fordere jedoch, daß ihre Dauer auf 6 Jahre herabgemindert wird, weil die Verhältnisse des Landes sich verändern könnten, theils deshalb, damit bei Ablauf der Tripelallianz im Jahre 1898 Italien in seiner Willensbestimmung freier werde. Was die Schiedsgerichtsbarkeit anlangt, so erinnere Redner daran, daß ein Beschluß der Kammer vom Jahre 1890 bestimme, Streitigkeiten aus dem Verträge seien durch ein internationales Schiedsgericht zu begleichen. — Der Ministerpräsident di Rudini erklärte, die Schiedsgerichtsbarkeit annehmen und mit den befreundeten Regierungen wegen deren Festsetzung in Verhandlung treten zu wollen. Der Minister ersuchte, Crispi solle seinen Antrag, welcher die Dauer der Verträge kürzen wolle, zurückziehen; die Annahme des Antrages seiens der Kammer komme der Verwerfung der Handelsverträge überhaupt gleich; Italien würde dann wirtschaftlich isolirt sein. Die zwölfjährige Dauer der Verträge wäre vereinbart, weil ein wirtschaftlicher Factor hergestellt werden sollte, dessen Bedeutung von ganz Europa anerkannt werde; im Uebrigen bedeute die zwölfjährige Dauer der Verträge nicht die Unmöglichkeit ihrer Verbesserung. — Nachdem die Kammer in namentlicher Abstimmung den Antrag Crispi mit 177 gegen 49 Stimmen abgelehnt hatte, wurde die Sitzung nach 8 Uhr abends geschlossen.

Zu den jüngsten Nihilistenergriffungen in Rußland wird der „Köln. Zig.“ neuerdings in einem Moskauer Telegramm bestätigt, daß auf der Moskauer-Kaschaner Eisenbahnlinie jüngst eine Mine gelegt worden sei, um den Zug des aus Livadia zurückkehrenden Zaren in die Luft zu sprengen. Die Petersburger Polizei entwickle eine außerordentliche Thätigkeit, den Verbrechern auf die Spur zu kommen.

Ueber die bulgarische Frage erzählt die offiziöse Wiener „Politische Correspondenz“ der bulgarische Ministerpräsident Stambulow und Orloff hätten den Vertretern der Mächte in Sofia erklärt, daß der von Seiten Griechenlands angeforderte Schulgesetzsatz Artikel nicht zur Anwendung kommen und durch eine neue Vorlage an die Sobranje abgeändert werden würde.

Die portugiesische Ministerkrisis ist nunmehr beendet. Zum Finanzminister wurde Oliveira Martins ernannt. Am Montag legte in der Sitzung der Cortes der Ministerpräsident das Programm des Kabinetts dar und führte aus, daß zur Herbeiführung der Reorganisation der Finanzen sich Alle Opfer auferlegen müßten. Die Regierung werde genötigt sein, an die Gläubiger des Staates zu appelliren.

Ueber den maroccanischen Aufstand hat am Montag in der französischen Deputirtenkammer der Abgeordnete Dreyfus an die Regierung eine Interpellation gerichtet und gefragt, welche Instruktion der dortige Vertreter Frankreichs erhalten habe. Der Minister des Auswärtigen, Ribot, erwiderte, mehrere Mächte hätten nach dem Hafen von Tanger Kriegsschiffe gesandt. Der französische Vertreter habe Befehl erhalten, die französischen Schiffsmannschaften landen zu lassen, wenn die in Tanger befindlichen Europäer in Gefahr gerathen oder wenn die Kriegsschiffe der anderen Mächte Truppen ans Land setzen sollten. (Beifall.) Er hoffe jedoch, daß die Ordnung in Tanger bald wieder hergestellt sein werde und daß die dortigen entzündeten Kriegsschiffe

